



Stadtspitze vom:
Beschlussnummer:
Drucksachen-Nr.: **2019/011a/A**

Art der Drucksache: Antrag
Betreff: Änderungsantrag zur DS 2019/011/A - Keine Werbung für nikotinhaltige Produkte

Einreicher: Fraktion DIE LINKE.
Datum: 26.03.2019

Beratungsfolge:
Wirtschafts- und Tourismusausschuss 03.04.2019
Finanz- und Immobilienausschuss 09.04.2019
Stadtrat 10.04.2019

Antragstext:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadt Weimar wirkt bei ihren Betrieben, Auftragnehmer:innen, insbesondere Stadtmöblierer:innen sowie ortsansässigen Werbedienstleister:innen darauf hin, dass auf Werbung für nikotinhaltige Produkte zu verzichten ist. Sie schließt nach dem Auslaufen aktueller Verträge keine neuen ab, die Werbung für solche Produkte nicht explizit ausschließen.

Begründung:

Das Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung Kiel zeigte in seinem Papier „Werbung und Tabakkonsum - Wirkungsanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen“ im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit (Hanewinkel, Pohl, 1998) einen klaren Zusammenhang zwischen der Konfrontation Kinder und Jugendlicher mit Werbung für Tabak-bzw. Nikotinprodukte und der Disposition zum Tabakkonsum. Bundespolitisch wird ein flächendeckendes Verbot dadurch behindert, dass argumentiert wird, Städte und Kommunen seien dringend auf die Ersparnisse durch die Vermarktung von Tabak- und Alkohol an Stadtmöblierungen angewiesen (vgl. Claus Hecking „Lobby-Seilschaften - Warum der CDU Tabakwerbung wichtiger ist als Jugendschutz“, erschienen im Spiegel am 10.12.2018) – das können wir für den Weimarer Fall nicht bestätigen und möchten mit diesem Antrag erreichen, dass wir in der kreisfreien Stadt Weimar und ihren Ortsteilen nicht länger zu Gunsten von Buswartehäuschen und Plakatierungsflächen die Gesundheit unserer Kinder verkaufen. Es handelt sich um ein Geschäft mit negativer Bilanz. Eine akzeptierende Drogen- und Suchtpolitik wird perspektivisch ohnehin nur dann möglich werden, wenn die regulatorischen Chancen auf legalen Märkten z.B. zur Aufklärung und Prävention im Sinne einer Schadensminimierung ausgeschöpft werden. Der unbesorgte gesellschaftliche Umgang mit den aktuell legalen Rauschgiften, die im objektiven Vergleich sogar ein höheres Suchtpotenzial, sowie Fremd und Eigenschädigungspotential aufweisen, als der Großteil illegalisierter Substanzen (vgl. David J Nutt, Leslie A King, Lawrence D Phillips (11 2010). "Drug harms in the UK: a multicriteria decision analysis") untergräbt die Glaubwürdigkeit von Präventions- und Aufklärungsarbeit an Jugendlichen und wird als staatliche Konsumempfehlung für diese Substanzen aufgefasst.

Dadurch wird auch Nikotin auf fatale Weise verharmlost, indem mit seiner Akzeptanz der Eindruck erweckt wird, es sei verträglicher, als etwa Psilocybin, MDMA oder Cannabis. In der Realität sind hingegen alle Drogen mit Risiken verbunden.

Beschluss

**12 x Ja, 20 x Nein, 1 x Enthaltung
(abgelehnt)**

Datum

10.04.2019

Unterschrift Oberbürgermeister

gez. Kleine